

„Besser Energie einsparen als Windräder bauen“ (KN v. 15.09.2016)

**Naturschützer Harry Neumann zum Thema Windkraft und dem Vorhaben in Breitenbach Harry Neumann hat den BUND aus Protest wegen dessen Haltung zur Windkraft verlassen. Mittlerweile ist er Bundes- und Landesvorsitzender Hessen des Vereins Naturschutzinitiative und vertritt auch hier eine dezidiert kritische Meinung zur Windkraftnutzung, die er im Gespräch mit unserer Zeitung erläutert.**

**Welches Problem haben Sie mit der Windkraftnutzung?**

Die Frage ist falsch. Die Windkraft selbst ist das Problem, nämlich die Schere zwischen der installierten Nennleistung und der tatsächlich eingespeisten Leistung. Eine Drei-Megawatt-Anlage z.B. produziert tatsächlich nur einen Bruchteil ihrer Nennleistung an Strom, im Durchschnitt nur 14 Prozent, also nur 420 kW. Wir könnten heute schon aufhören, neue Windindustrieanlagen zu bauen, wenn wir die installierte Nennleistung auch nutzen und speichern könnten. Für diesen geringen Energiebeitrag ist die Zerstörung von Landschaften, Wäldern, Wildtieren

und Lebensräumen einfach nicht zu rechtfertigen. Da Deutschland überwiegend ein windschwaches Land ist, produzieren diese Anlagen lediglich volatilen Zufallsstrom. Zur Sicherung der Grundlast sind wir daher immer auf die fossilen Schattenkraftwerke und leider sogar auf die Atomkraftwerke angewiesen. Das ist für mich als Atomkraftgegner und langjährigen Organisator von Demonstrationen für die Energiewende besonders schlimm und desillusionierend. Denn hier ist auf der Subventionsschiene alles aus dem Ruder gelaufen, hier sind Dämme gebrochen, auch die des Anstands. Es geht bei der Windenergie nämlich nicht um eine Energiewende, auch nicht um Klima- und Naturschutz, sondern um eine und das auch noch schlecht gemachte Stromwende. Der Beitrag der Windenergie zum gesamten Energiebedarf in Deutschland beträgt nur etwa 1,6 Prozent. Die meisten klimaschädlichen Gase werden bei der Wärmeversorgung, der Industrie, dem Verkehr und in der Landwirtschaft produziert. Erst wenn wir auch dort ansetzen, würden wir wirklich etwas für den Klimaschutz tun.

**Wie müsste Ihrer Ansicht nach Windkraftnutzung aussehen, damit Sie diese unterstützen können?**

Der Ausbau hätte deutschlandweit, besser europaweit und qualifiziert geplant werden müssen.

Bedeutende Landschaften und Lebensräume, Natura 2000 Gebiete, Naturparke, Landschaftsschutzgebiete und vor allem alle Wälder hätten tabu sein müssen.

Naturschutzfachliche Erkenntnislücken wie bei Fledermäusen oder der Störungssensibilität von Wildkatze und Luchs hätten zum Ausschluss der Errichtung von Anlagen führen müssen. Das EEG und die Privilegierung hätten vor dem Ausbau abgeschafft werden müssen. Stattdessen hat sich eine Goldgräberstimmung, eine undurchsichtige Windhundpolitik sowie ein neuer politisch/industrieller und intransparenter Komplex entwickelt, der den der Atomindustrie abgelöst hat. Da wir bereits über 26000 Windindustrieanlagen in Deutschland haben, brauchen wir keine weiteren. Deren installierte Nennleistung übersteigt bereits den Energiebedarf im Stromsektor. Anlagen müssten eher abgebaut werden. Hinzu kommt, dass trotz dieser 26000 Anlagen der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht sinkt, sondern seit 2009 weiter ansteigt und ansteigen wird. Besser sollten wir die wichtigste Energiequelle nutzen, die es überhaupt gibt: Energie einsparen. Und zwar in allen Bereichen, nicht nur beim Strom, der nur ein Fünftel des gesamten Energieverbrauches ausmacht. Da Windenergie weder grundlastfähig ist, noch gespeichert werden kann, muss in die Speicherforschung investiert werden. Kraft-Wärme-

Kopplung, Blockheizkraftwerke und effiziente Gaskraftwerke müssen gefördert werden, weil wir sie weiterhin brauchen. Eine Energieversorgung ohne fossile Energieträger ist derzeit völlig illusorisch. Die Politik sollte den Menschen diese Wahrheit nicht verweigern. Neue Technologien und alternative Energieformen werden aber durch den „Subventionstopf EEG“ geradezu torpediert.

**Im Titel Ihres Vortrags ist von zerstörten Wäldern die Rede. Was spricht aus Ihrer Sicht gerade gegen Windräder in Waldgebieten?**

Der Wald ist das natürlichste Biotop und unersetzbarer Lebensraum. Windindustrieanlagen beeinflussen und stören den Wasserhaushalt und die Quellsysteme, (zer)stören die Lebensräume im Wald und den Waldboden, zerschneiden die Wälder durch den Wald-Straßenbau und durch Flächenversiegelung. Dabei bietet er vielen Arten noch relativ störungsfreie Rückzugsgebiete. Diese werden durch die Anlagen zerschnitten und zerstört. Zudem werden die Wälder an vielen kleinen Stellen geöffnet. Dies beeinflusst die Florazusammensetzung, die klimatischen Verhältnisse im Wald und den Schutz vor Erosion. Der Bau von Industrieanlagen im Wald ist der seit Jahrzehnten größte und verantwortungsloseste Eingriff in diesen Lebensraum. Dem Wald wird auf

diese Weise sozusagen der Boden unter den Füßen weggerissen. Autobahnähnliche Zustände beeinträchtigen und zerstören das gesamte ökologische Netzwerk. 2007 hat die Bundesregierung die nationale Biodiversitätsstrategie verabschiedet. Sie verfolgt das Ziel, einen gewissen Prozentsatz an Flächen für geschützte Pflanzen und Tiere auszuweisen. Eine sogenannte Energiewende, die den hunderttausendfachen Tod von Fledermäusen und Vögeln in Kauf nimmt, produziert keinen „sauberen“ Strom. Hier wird der Natur- und Artenschutz auf dem Altar einer falschen Energiepolitik geopfert. Der Zweck heiligt die Mittel. Das dürfen wir nicht zulassen. Wollte man die Ziele der Biodiversitätsstrategie erreichen, müssten in allen Bundesländern Vogelschutz- und FFH Gebiete, Naturparke, Landschaftsschutzgebiete und Wälder von einer Industrialisierung freigehalten werden.

**Jede Kilowattstunde Strom, die nicht durch Kohle- und Kernkraftwerke, sondern durch Windkraft erzeugt wird, sollte ein Gewinn für die Natur darstellen. Was ist daran also falsch?**

Es gibt keine Eingriffe ohne Auswirkungen. Das gilt auch für die Windindustrie. Diese ist nicht sakrosankt. Daher dürfen wir auch keiner Ideologie verfallen und unsere Natur und Landschaften auf

deren Altar opfern. Wir sind mittlerweile an einem Punkt angelangt, wo die massiven Eingriffe durch Windindustrieanlagen, besonders im Wald, eine große Gefahr für die biologische Vielfalt darstellen. Sie zerstören das, was sie vorgeben schützen zu wollen. Der weitere Ausbau führt zu einem Biodiversitäts-Desaster. Wenn das so weitergeht, werden die Arten, die man angeblich schützen will, gar nicht mehr da sein. Es gibt Studien, die besagen, dass die für Windindustrieanlagen gerodeten Bäume eine größere Kohlenstoffsinke bedeuten, als durch die wenigen verbrauchten Kilowattstunden aus sogenannter „sauberer“ Windenergie jemals erzielt werden können.

**Keiner sagt, dass Windräder schön sind. Aber muss man den Anblick nicht ertragen, um das wichtigere Ziel, den Klimawandel abzuschwächen, zu erreichen?**

Es gibt viele Lobbyisten und grüne Politiker, die diese Industrieanlagen als „ästhetische Bereicherung“ unserer Mittelgebirgslandschaften bezeichnen. Die gängige Argumentation der „Energiewende“-Befürworter lautet: Je mehr Windräder gebaut werden, desto mehr fossile Brennstoffe können eingespart werden. Dadurch reduziere sich der CO<sub>2</sub>-Ausstoß. Wir müssen uns nun aber die Frage stellen, warum bisher trotz des

Ausbaus der Windenergie mit über 26000 Anlagen in Deutschland der CO<sub>2</sub>-Ausstoß nicht gesunken, sondern sogar gestiegen ist und warum der Anteil der Windenergie am gesamten bundesweiten Endenergieverbrauch gerade einmal 1,6 Prozent beträgt. Die massiven Eingriffe in Natur-, Landschafts- und Lebensräume sind bei diesem marginalen Anteil nicht gerechtfertigt. Das mögliche Potenzial Deutschlands, einen Beitrag zur weltweiten Senkung des CO<sub>2</sub>-Ausstoßes zu leisten, liegt ohnehin nur bei marginalen zwei Prozent. Diese Zahlen belegen, dass weitere Windräder kein vernünftiger Beitrag sind, um eine Klimaveränderung abzuschwächen.

**Teilen Sie die Ansicht, dass WKA nicht aufgestellt werden, um saubere Energie zu erzeugen, sondern weil es sich wirtschaftlich rechnet?**

Diese „Energiewende“ ist ein reines Subventionsmodell für die Windlobby und eine der größten Gefahren für den Schutz der biologischen Vielfalt. Sie rechnet sich nur für deren Protagonisten, nicht für die Bürger und nicht für unsere Volkswirtschaft. Nur ein Beispiel: Die Windenergielobby wird nach meiner Erfahrung immer brutaler, geradezu skrupellos und schreckt auch nicht davor zurück, bei den Naturschutzbehörden zunehmend Anträge auf

Ausnahmen vom Tötungsverbot zu stellen. Die Projektierer und Investoren fordern praktisch eine „Lizenz zum Töten“ von streng geschützten Arten. Über zwei Drittel der Anlagen laufen defizitär, dennoch werden sie aufgrund der milliardenschweren Subventionen gebaut, die der Stromkunde bezahlen muss. Es ist eine Umverteilung von unten nach oben: Einige wenige stopfen sich die Taschen voll auf Kosten der kleinen Leute.

Niemand spricht mehr ernsthaft von Energieeinsparen, der Reduzierung des Ressourcenverbrauches, der Veränderung von Lebensstilen, den katastrophalen Auswirkungen der industriellen Landwirtschaft und der Flächenversiegelung durch neue Straßen, Bau- und Gewerbegebiete. Das sind die Hauptursachen des Artenrückgangs und der Zerstörung der Biodiversität, nicht der Klimawandel. Stattdessen wird den Menschen das Märchen von einem „grünen Wachstum“ erzählt. Eine aktuelle, im Wissenschaftsmagazin Nature veröffentlichte Studie kommt zu dem Ergebnis, dass 72 Prozent der Spezies durch Übernutzung der Ressourcen bedroht sind, allein 4000 Arten verlieren ihren Lebensraum durch Waldrodung. Der Klimawandel rangiere als Ursache für das Artensterben erst an siebter Stelle. Die Forscher appellieren sogar, sich nicht nur auf Klimafragen zu konzentrieren. Mit dem



Austausch von beispielsweise energiefressenden Heizungspumpen oder einer Reduzierung des Spritverbrauchs von acht Prozent könnte mehr CO<sub>2</sub> eingespart werden als durch alle 26000 Windindustrieanlagen zusammen.

Im Stadtgebiet von Schlüchtern gibt es im Moment 27 WKA. Das Projekt beim Stadtteil Breitenbach sieht 10 weitere vor. Halten Sie das für zu viel? Gibt es dafür überhaupt ein Maß?

Das Maß gibt das Ausmaß der Zerstörung vor. Windindustrieanlagen haben eine extrem hohe und weite Raumwirkung von 50 Kilometer und mehr. Jedes Windrad zerstört freie Blickbeziehungen, die für uns Menschen aber lebensnotwendig sind. Landschaften werden industrialisiert. Zwei Prozent der Landesfläche, die zur Verfügung gestellt werden sollen, zerstören 100 Prozent der Landschaft. Das Bundesnaturschutzgesetz hingegen schützt explizit in Paragraph 1 die „Vielfalt, Eigenart und Schönheit“ sowie den „Erholungswert von Natur und Landschaft“. Dieser gesetzliche Auftrag ist längst aus reinen Profitgründen unter die Räder gekommen. Daher brauchen wir eine Renaissance des Landschaftsschutzes, der mittlerweile auch in

einigen Gerichtsurteilen gestärkt wurde. Zudem sollen die zehn neuen Anlagen nun erstmals im Wald gebaut werden. Dies bedeutet eine noch größere Zerstörung der Natur und der Erholungsräume für den Menschen. Das Maß ist daher mehr als voll. Hier darf kein einziges Windrad mehr gebaut werden.

### Welche Gründe sprechen konkret gegen diesen Windpark?

Hier geht es nicht um einen Park, sondern um ein geplantes Windindustriegebiet. Parks sind Orte der Erholung, der Spiritualität, des Naturerlebens und der Stille. Das Planvorhaben im Wald widerspricht den Schutzbedürfnissen der Landschaft für die Menschen sowie zahlreichen streng geschützten Arten wie Schwarzstorch, Rotmilan und deren Lebensräumen, der Waldschnepfe, den Eulen, den Fledermäusen wie der streng geschützten und seltenen Mopsfledermaus, dem Baum- und Wanderfalken, dem Wespenbussard und sogar dem Mäusebussard. Dieser ist nach der neuen Progress-Studie mittlerweile sogar in seinem Bestand gefährdet. Diese neue wissenschaftliche Studie geht allein beim Mäusebussard von 10000 bis 12000 und beim Rotmilan von 1000 bis 1200 getöteten Tieren pro Jahr aus. Wo Rotmilane und Schwarzstörche vorkommen, dürfen meines

Erachtens gar keine Windindustrieanlagen gebaut werden, auch nicht mit Hilfe sogenannter Raumnutzungsanalysen ermöglicht werden.

In der Stellungnahme eines Fachbüros heißt es, die Gutachten für das Genehmigungsverfahren seien methodisch veraltet. Teilen Sie diese Einschätzung?

Auf jeden Fall. Unsere Biologen und unser Rechtsanwalt haben sich die Unterlagen und das Gutachten genau angesehen. Die Gutachten verwenden nicht nur veraltete Fachkonventionen (7-8 Jahre alt, 2015 überarbeitet), sondern mussten über drei Jahre immer wieder nachbessern und Artengutachten hinzufügen. Mehrere Gutachten sind veraltet und müssen wiederholt werden. Es liegen erhebliche Mängel bei der fachlichen, methodischen und zeitlichen Datenerhebung vor, die nicht den fortgeschrittenen wissenschaftlichen Standards und Erkenntnissen sowie der einschlägigen und von den Gerichten angewandten Fachkonvention, dem „Helgoländer Papier“ von 2015, entsprechen. Unseres Erachtens handelt es sich um reine „Gefälligkeitsgutachten“. In keinem Fall können die Verbotstatbestände nach dem Bundesnaturschutzgesetz ausgeschlossen werden,

so dass die Anlagen daher auch nicht genehmigungsfähig sind.

Windkraftanlagen werden nach intensiver Prüfung genehmigt. Trotzdem kann das in vielen Fällen den Widerstand der Bevölkerung dagegen nicht abmildern. Was läuft da falsch?

Die Mitarbeiter der Behörden sind völlig überfordert, zeitlich und oftmals auch fachlich, eine intensive Prüfung vorzunehmen. Mir sind zahlreiche Fälle bekannt, wonach sie aufgrund des ständigen politischen Drucks, der auf sie ausgeübt wird, kaum in der Lage sind, sach- und fachgerecht zu entscheiden. Es ist eine neue „Gutachter“- und „Ermöglichungsgesellschaft“ entstanden. Alles ist möglich, alles ist ausgleichbar, alles soll genehmigungsfähig gemacht werden. Hinzu kommt: Die Genehmigungen werden aufgrund von Gesetzen und Erlassen getroffen, welche einseitig die wirtschaftlichen Interessen von Unternehmen schützen sollen. Dies hat in den wenigsten Fällen aber mit den tatsächlichen Bedürfnissen der Bevölkerung zu tun. Die Bevölkerung will ihre Heimat, mit der sie sich identifiziert, vor diesen massiven industriellen Eingriffen schützen. Hinzu kommt, dass die meisten Genehmigungsverfahren

unter Ausschluss der Öffentlichkeit ablaufen, keine Umweltverträglichkeitsprüfung durchgeführt wird, Gefälligkeitsgutachten erstellt werden und die Stellungnahmen und Hinweise aus der Öffentlichkeit nicht ernstgenommen werden.

Beispiel: Das Regierungspräsidium hat die zur Einsicht bekannt gemachten Unterlagen entgegen dem gesetzlichen Gebot nicht im Internet zugänglich gemacht. Es ist ein neuer politisch-industrieller Komplex entstanden, der sich durch eine große Intransparenz und fehlende Bürgerbeteiligung auszeichnet. Das haben die Bürger mittlerweile erkannt und leisten immer stärker Widerstand. Sie sind nicht mehr bereit, die „Ausschaltung von Bürgern“ in Demokratien hinzunehmen und ihre Heimat zerstören zu lassen.  
lassen.ag